

LAND TAGS KURIER



Seite 10:
Von Abwasser bis
Windenergie: Bilanz des
Petitionsausschusses



Seite 11:
Festakt zum Tag der
Deutschen Einheit –
Tag der offenen Tür



Seite 17:
Gesprächskreis im
Ständehaus zu Europa
und den Regionen

Ausgabe
7.18



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

der 3. Oktober ist für mich persönlich ein Tag der Freude. Unser Nationalfeiertag erinnert uns an die friedliche Revolution 1989 und an die Wiedergründung Sachsens am 3. Oktober 1990. Unser Land kehrte damals in eine gesamtdeutsche Demokratie heim, deren unbestreitbarer Teil es heute ist. Den Deutschen bot sich für die Zeit eines historischen Wimpernschlags die Gelegenheit, ihre gesplante Nation zu einen. Wir haben diese Chance mutig genutzt. In Sachsen gibt es heute ein modernes demokratisches Gemeinwesen und einen wirksamen Rechts- und Sozialstaat. In den vergangenen 28 Jahren wurde bei uns auf allen Ebenen mehr geschaffen, mehr Wohlstand erreicht, mehr Freiheit verwirklicht, als ich es jemals für möglich gehalten habe. Darauf können wir stolz sein, das sollte uns motivieren.

Aber wir müssen auch mutig im Umgang mit unserer gemeinsam aufgebauten Demokratie sein. Denn sie ist nicht selbstverständlich und Selbstzufriedenheit ist ihr eine Gefahr. Der 3. Oktober ist daher stets ein Tag der kritischen Selbstprüfung. Den politischen Verantwortlichen sollte dabei gewahrt sein, dass stabile staatliche Institutionen zentral für das demokratische Gemeinwesen sind. Verantwortungsvolle Politik muss es dem Staat ermöglichen, seine ureigenen Aufgaben zu erfüllen. Nur eine solche Politik wird von den Bürgern anerkannt. Unsere Bürgergesellschaft hingegen bedarf eines größeren Zusammenhalts. Demokratie lebt wie keine andere Regierungsform von ihrer menschlichen Seite. »Keine Demokratie ohne Demokraten« lautet ein weises Wort. Hier müssen wir unbedingt zu uns zurückfinden, raus aus der Dauerempörung, weg von der Hysterie.

Das Jahr 1989 brachte Sachsen auch einen demokratischen Aufbruch nach Europa. Heute sind wir eine von über 300 Regionen im vereinten Europa. Wir sind Teil von etwas Großem. Die Europäische Union ist der Bruch mit der Vergangenheit und die friedliche Einigung der europäischen Völker. Das wurde beim diesjährigen Gesprächskreis im Ständehaus noch einmal deutlich. Europa muss nach außen stärker gemeinsam auftreten, zugleich aber nach innen mehr Gestaltung zulassen, die in den Regionen wirkt und bei der die Regionen selber anpacken können. Lesen Sie mehr dazu im neuen Landtagskurier.

Matthias Röbner
Dr. Matthias Röbner

Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

79. Sitzung des Sächsischen Landtags
Verweigern oder Vertrauen?
CDU und SPD: Organspende zwischen Skepsis
und Lebensrettung 4

79. Sitzung des Sächsischen Landtags
Zukunft braucht gute Schule
DIE LINKE: Schuljahresbeginn mit
Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall 6

80. Sitzung des Sächsischen Landtags
Perspektiven für die Menschen
CDU und SPD: Zukunft für die Braunkohlereviere in Sachsen 7

80. Sitzung des Sächsischen Landtags
Kein Verbrechen
GRÜNE: Das andere Sachsen handelt 9

80. Sitzung des Sächsischen Landtags
Von Abwasserbeiträgen bis Windenergieanlagen
Petitionsausschuss zog Bilanz für 2017 10

AKTUELLES

»Zusammensein ist das Gebot der Stunde«
Feierstunde zum 28. Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2018 in Dresden 12

Bürger, Riesen, Mainzelmännchen
»Tag der offenen Tür« am 3. Oktober 2018 14

Jugendliche retten Leben 16

»Europa hat etwas Begeisterndes«
Gesprächskreis im Ständehaus mit
AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz 18

EIN TAG MIT ...

»Ich kann mir nichts anderes vorstellen.«
Ein Tag mit Patrick Schreiber, Vorsitzender des
Ausschusses für Schule und Sport 20

GESCHICHTE

Zwischen Konfrontation und Verständigung
Studie zum sächsischen Landtag in
der Weimarer Republik erschienen 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titel: Im Plenarsaal des Sächsischen Landtags // Foto: G. Moreno

Organspende, Schuljahresbeginn, Energiewende



// Kultusminister Christian Piwarz im Interview // Foto: S. Giersch

// Die 79. Sitzung des Sächsischen Landtags am 26. September 2018 befasste sich in einer Aktuellen Debatte mit den geplanten Änderungen von Bundesgesetzen zur Organspende-Praxis in Deutschland. Im Mittelpunkt einer zweiten Aktuellen Debatte stand anlässlich des Schuljahresbeginns die Situation im sächsischen Schulwesen. Themen der 80. Plenarsitzung waren die Zukunft der Braunkohlereviere in Sachsen und Probleme der Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen. //



Fotos: S. Giersch

CDU und SPD: Organspende zwischen Skepsis und Lebensrettung

// Am 26. September 2018 kam der Landtag zu seiner 79. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD eine Aktuelle Debatte zum Thema »Verweigern oder Vertrauen – Organspende zwischen Skepsis und Lebensrettung«. Den Hintergrund bildeten die auf Bundesebene geplanten Änderungen der diesbezüglichen rechtlichen Regelungen. //

Zunächst ging Oliver Wehner, CDU, auf den Bedarf an Organen ein. Wenn man diesen betrachte, so seien es zurzeit 10 000 Patienten, die auf ein Organ warteten. Dabei führten Nieren, Lebern und Herzen die Liste der benötigten Organe an. Führe man sich vor Augen, dass im Jahre 2017 lediglich 800 Organspenden eingegangen seien, so sehe man einen weitaus größeren Bedarf, als er gegenwärtig abgedeckt werden könne. Es gebe in Deutschland nach wie vor eine hohe Bereitschaft zu Organspenden. Es seien über 80 Prozent der Bürger, die sich dazu bereit erklärten. Die Bevölkerung sehe also trotz der Organspendeskandale weiterhin die Notwendigkeit, für eine Organspende zur Verfügung zu stehen. Dabei gelte in Deutschland bislang die Entscheidungs- lösung mittels des Organspende-

ausweises, während sich andere Länder längst für die Widerspruchslösung entschieden hätten.

Mehr Leben retten

Simone Lang, SPD, die vor ihrer Zeit als Abgeordnete als Krankenschwester unter anderem im Hospizdienst gearbeitet hat, sprach sich für die Notwendigkeit, die Zahl der Organspenden zu erhöhen, und die Widerspruchslösung aus. Viele Tausend Menschen warteten sehnsüchtig auf ein Spenderorgan und darauf, ihr Leben besser

oder überhaupt weiterleben zu können. Die katastrophalen Spenderzahlen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass neue Wege gegangen werden müssten. Mit der Widerspruchslösung sei jeder Mensch potenzieller Organspender, es sei denn, er widerspreche. Entscheidend sei aber trotzdem, Vertrauen wiederherzustellen, das durch Skandale in der Vergangenheit verloren gegangen sei. Mehr denn je müsse Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Ohne Vertrauen werde es kaum Organspenden geben, und somit könne viel zu wenigen Menschen geholfen werden.

Widerspruchslösung umsetzen

Nach Auffassung von Susanne Schaper, DIE LINKE, werfe die Debatte zum Thema Organspende ethische, moralische und religiöse Fragen auf. Auch wenn sie als OP-Schwester eine Verfechterin der Widerspruchslösung sei, müssten dafür erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Es fehle noch viel Vertrauen, das durch diverse Verteilungsskandale verloren gegangen sei. Das gelte es zurückzugewinnen. Denn Fakt sei, dass mehr Organspender gebraucht würden. Im letzten Jahr habe es in Deutschland nicht einmal einen Spender pro 100 000 Einwohner gegeben. 769 Organspenderinnen und -spender hätten auf der Warteliste von Eurotransplant 7 620 Menschen gegenübergestanden. Spanien mit

einem Bevölkerungsanteil von rund 70 Prozent Katholiken habe sich mit Erfolg für die Widerspruchslösung entschieden. 2017 seien 5 000 Organe transplantiert worden, ohne dass ein Mensch dazu gezwungen worden wäre.

Für bessere Vergütung

André Wendt, AfD, gab zu bedenken, dass bei 80 Prozent der Bevölkerung, die einer Organspende positiv gegenüberstünden, nur etwa ein Drittel einen Organspenderausweis besäße. Deshalb müssten die Krankenhäuser zwingend dazu befähigt werden, nach Spendern Ausschau zu halten und Kontakt mit den Angehörigen aufzunehmen, um nötigenfalls

PLENUM

Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, in denen es zurzeit noch keine Widerspruchslösung gibt, und hat mit die geringsten Organspenderzahlen zu verzeichnen.



in das Selbstverfügungsrecht über den eigenen Körper darstelle.

Vertrauen zurückgewinnen

Abschließend betonte Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, dass es einer größeren Bereitschaft bei den Menschen bedürfe, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen und sich dazu bereit zu erklären. Deshalb halte sie die öffentliche Diskussion darüber für dringend angebracht. Deutschland sei eines der wenigen Länder in Europa, in denen es zurzeit noch keine Widerspruchslösung gebe, und habe mit die geringsten Organ-



// Oliver Wehner

// Susanne Schaper

// Simone Lang

// André Wendt

// Volkmar Zschocke

// Dr. Kirsten Muster

das Einverständnis zur Organspende einzuholen. Das mache aber eine Aufwertung und Stärkung des jeweiligen Transplantationsbeauftragten notwendig. Zudem müssten Organentnahmen, die für die Krankenhäuser derzeit noch ein Minusgeschäft seien, besser vergütet werden, damit es nicht zu einem weiteren Rückgang komme. Zusätzlich werde eine bessere Aufklärung benötigt, da sich 50 Prozent der Bundesbürger auf dem Gebiet der Organspende schlecht informiert fühlten.

Bundesweiter Tiefstand

Die Zahl der Transplantationen, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, sei bundesweit auf einem Tief-

stand angelangt. Eine der Ursachen dafür seien nachhaltig wirkende Vertrauensverluste durch Spendenskandale. Er finde es deshalb nicht hilfreich, wenn der Eindruck vermittelt werde, die Einführung einer Widerspruchslösung sei jetzt die einzige Möglichkeit, die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Die Widerspruchslösung mache aus einem Akt der Solidarität und der Freiwilligkeit zudem einen Pflichtenakt, weil der Organspende widersprochen werden müsse. Es sei zu respektieren, wenn sich Menschen mit der Frage der Organspende nicht beschäftigen wollten. Wenn alle, die sich auf dem Wege der Widerspruchslösung zu einer Entscheidung nicht nötigen ließen, automatisch in

eine gesetzliche Organabgabepflicht gerieten, könne das Vertrauen in Organspenden oder deren Akzeptanz sogar noch mehr erschüttert werden.

Eingriff in Selbstverfügungsrecht

Dr. Kirsten Muster, fraktionslos, sprach sich gegen den Wechsel von der Einwilligung zur Widerspruchslösung aus. Das Grundgesetz erkläre die Würde des Menschen für unantastbar. Die menschliche Existenz beginne nicht mit der Geburt und sie ende auch nicht mit dem Tod. Sie teile die Auffassung des Theologieprofessors Peter Dabrock, dass die Widerspruchslösung einen Eingriff

spenderzahlen zu verzeichnen. Sie begrüße daher die Entscheidung des Deutschen Ärztetages im Juni dieses Jahres, auf dem man sich mehrheitlich ganz klar für die Widerspruchslösung ausgesprochen habe. Mindestens ebenso wichtig sei die Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung, wobei die Angst vor Missbrauch ebenfalls zur Sprache kommen müsse. Es gelte, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.





PLENUM

// Cornelia Falken, Christian Piwarz

Zukunft braucht gute Schule

79. Sitzung des Sächsischen Landtags

DIE LINKE: Schuljahresbeginn mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall

Es sei gut, so Cornelia Falken, DIE LINKE, dass ein breites Bündnis jetzt einen Volksantrag »Für längeres gemeinsames Lernen in Sachsen« starte. Diese Forderung vertrete ihre Fraktion seit Jahren und unterstütze die Initiative. Zwei Drittel der Bevölkerung wollten die Gemeinschaftsschule. Insbesondere junge Leute seien dafür. In neun Bundesländern gebe es bereits Formen längeren gemeinsamen Lernens. Das sächsische Schulsystem verdiene eine solche Weiterentwicklung. Lothar Bienst, CDU, bezeichnete das sächsische Bildungssystem als eines der besten in Deutschland. Es biete für jeden Schüler den passenden Bildungsweg und bereite auf einen erfolgreichen Start in Berufsausbildung oder Studium vor. Das zeigten auch die Leistungsergebnisse im bundesweiten Vergleich. Sachsen und Bayern mit ihren gegliederten Schulsystemen belegten dabei regelmäßig Spitzenplätze.



Raum am Leben zu erhalten oder neu zu etablieren. Es gehe aber auch um inhaltliche Veränderungen, die Qualität des Unterrichts, das Klima an Schulen und gut ausgebildete Lehrer. Vielfalt und Heterogenität müssten der Motor bei der Weiterentwicklung des Schulsystems sein. Um Sachsens Schulen, so Karin Wilke, AfD, stehe es schlecht. Es fehlten Lehrer, ein Großteil der Lehrerschaft sei überaltert und der Unterrichtsausfall steige weiter. Er liege an den sächsischen Schulen derzeit bei neun Prozent. Diese setzten sich zusammen aus dem erfassten Unterrichtsausfall von fünf Prozent sowie der Kürzung der Stundentafeln von vier Prozent und entsprächen 900 000 Stunden pro Schulhalbjahr.

Für Gemeinschaftsschule

Sabine Friedel, SPD, sprach sich im Zusammenhang mit jahrgangsübergreifendem Unterricht für die Gemeinschaftsschule als ressourcenmäßig effizienteste Schulform aus, um die kleinen Grundschulen im ländlichen

Uwe Nösner

// In der zweiten Aktuellen Debatte zur 79. Sitzung des Landtags am 26. September 2018 hat die Fraktion DIE LINKE unter dem Titel »Schuljahresbeginn mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall – Zukunft braucht gute Schule und neue Wege in der Bildung!« die Situation im sächsischen Schulwesen thematisiert. Einen der Hintergründe bildete der Volksantrag des Bündnisses »Gemeinschaftsschule in Sachsen – Längeres gemeinsames Lernen«. //

Fotos: S. Giersch



PLENUM

80. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Perspektiven für die Menschen

CDU und SPD: Zukunft für die Braunkohlereviere in Sachsen

Wie Dr. Stephan Meyer, CDU, betonte, stehe es außer Frage, dass es einen Strukturwandel in den Braunkohleregiolen der Oberlausitz und im mitteldeutschen Revier geben werde. Entscheidend für ihn sei das Wie. Für seine Fraktion gelte weiter: erst Job-Perspektiven, dann Kohleausstieg. Man brauche beschleunigte Planungsverfahren, eine angebotsorientierte Infrastrukturentwicklung und die Unterstützung von Innovationen in den Unternehmen für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wenn dieser Prozess erfolg-

// Einen Schwerpunkt der 80. Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. September 2018 bildete auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD eine Aktuelle Debatte zum Thema »Zukunft für die Braunkohlereviere in Sachsen – Ausstieg braucht Perspektiven für die Menschen«. Der Termin des von der Kohlekommission des Bundes geplanten Ausstiegs aus der Braunkohle ist umstritten. //

reich verlaufen solle, dann müssten die Menschen in der Region einbezogen werden. Sachsen, so sein Fraktionskollege Lars Rohwer, wolle Vorbild für einen sozial verträglichen

Strukturwandel gestalten

Nach Auffassung von Thomas Baum, SPD, brauche es für einen erfolgreichen Strukturwandel einen ausgewogenen Vierklang von Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Mit Blick auf die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« (Kohlekommission) verwies er auf deren ambitionierte Ziele und straffes Programm. Sie solle bis Ende Oktober Empfehlungen

Strukturwandel und nicht für einen schnellen Ausstieg sein. Dieser Strukturwandel werde nur gelingen, wenn die Wertschöpfung in der Region bleibe und wirke.

// Dr. Stephan Meyer

// Dr. Jana Pinka

// Thomas Baum

// Jörg Urban

// Dr. Gerd Lippold

// Gunter Wild



www.landtag.sachsen.de

für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen vorlegen. Diese Maßnahmen müssten zeitlich differenziert werden, da Braunkohle noch immer einen wertvollen einheimischen Rohstoff bildet. Jörg Vieweg, ebenfalls SPD, warnte seinerseits davor, den Menschen in den Revieren Angst vor der Zukunft zu machen, indem man den Ausstieg aus der Kohle als eine Bedrohung inszeniere.

verbessern. Aber diese Unterstützung brauche die Region zusätzlich zur Braunkohleindustrie, damit sie wirtschaftlich zu erfolgreicheren Regionen aufschließen könne. Der CDU warf er vor, mit ihrer Klimaretung und ideologischen Energie- wende heute sogar den grünen Ideologen den Rang abzulau- fen. Es sei die deutsche Indus- trie, die den Wohlstand dieses Landes schaffe und den Luxus eines weltweit vorbildlichen Umweltschutzes überhaupt

er stattfinde. Die Menschen brauchten Perspektiven für den Ausstieg. Stattdessen habe die sächsische CDU mit verantwor- tungslosen Strukturbruchdro- hungen Zukunftsängste geschürt. Wer im Kohleausstieg bestimmen wolle, wohin die Reise gehe, der müsse vom Bremserhäus- chen des letzten Waggons auf die Lokomotive umsteigen. Leicht werde das nicht, denn der Zug gewinne zunehmend an Fahrt. Noch in diesem Jahr werde es seitens der Kohlekommission

bedarf sicherstellen zu können. Wenn man beim Ausstieg aus der Atomkraft bleiben wolle, werde die Kohleverstromung als derzeit einziger heimischer vollwertiger grundlastfähiger Energieträger auch weiterhin gebraucht. Gleichzeitig müs- sen Zukunftsperspektiven für die Lausitz erarbeitet werden.

Bundesgesetz erforderlich

Nach Ansicht von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer müsse der mit dem Ausstieg aus der Braun- kohleverstromung verbundene Strukturwandel als nationale Aufgabe in einem Bundes- gesetz geregelt werden.

Sachsen sehe den Bund in der Verantwortung.

In dem Gesetz müssten unter anderem die Finanzmittel oder ge- plante Infrastruktur- maßnahmen konkret festgelegt werden. Die Energiewende dür- fe sich nicht nachteilig auf die Region auswir- ken. Es müssten erst neue Strukturen entste- hen, ehe der Ausstieg aus der Braunkohle um- gesetzt werden könne. Dabei gehe es um neue, hochwertige und tarif- gebundene Arbeitsplätze,

die Ansiedlung von Bundesins- titutionen und Forschungsein- richtungen, den Tourismus und den Straßenbau. Die Braun- kohleunternehmen wiederum müssten Zeit haben, sich zu stabilisieren, um die Rekultivie- rung in Angriff nehmen zu können.

Schaden in Millionenhöhe

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, übte Kritik an der Koalition. Das Einzige, was CDU und SPD den Menschen bislang als Perspek- tive vermittelt hätten, sei ein möglichst langes Festhalten an der Braunkohle. Die Staats- regierung habe es zudem ver- säumt, vom Bergwerks- und Kraftwerksbetreiber LEAG (Lausitz Energie AG) Sicher- heitsleistungen einzufordern. Es sei aufgrund tieferer Zahlen unsicher, ob das Unternehmen die Rekultivierung überhaupt finanzieren könne. So bestehe die große Gefahr, dass die Steuerzahlerinnen und Steuer- zahler einspringen müssten, wobei es um Hunderte Millionen Euro gehe. Eine echte Perspek- tive für die Braunkohlereviere abseits der Kohleverstromung bestehe allein in der Vorberei- tung auf den Strukturwandel und der Vermeidung von Struk- turbrüchen, wie sie schon nach 1990 zu Verwerfungen geführt hätten.

Grüner Zeitgeist

Nach Auffassung von Jörg Urban, AfD, könne man versuchen, die Lausitz zur Sonderwirtschafts- zone zu erklären, wie es seine Partei vorgeschlagen habe. Man könne dort auch die Ver- kehrsinfrastruktur immer weiter

erst ermögliche. Aber die CDU höre nicht mehr auf die War- nungen aus der Industrie und laufe einem grünen Zeitgeist um des reinen Machterhalts wegen nach. Sie sei jetzt tat- sächlich für die Koalition mit den Grünen reif.

Zug gewinnt an Fahrt

Der Kohleausstieg, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, stehe seit Jahren fest. Von der Regie- rungskoalition hänge es ab, unter welchen Bedingungen

erste Infrastruktur-, Ansiedlungs- und Entwicklungsprojektan- kündigungen geben. Ihr lägen bereits heute umfangreiche Pa- piere zu Perspektiven für Kohle- reviere und zu Förderkonzepten für den Strukturwandel vor.

Weiterhin Kohleverstromung

Gunter Wild, fraktionslos, zeigte sich davon überzeugt, dass die Zukunft noch über Jahrzehnte in der Braunkohle liegen müsse, um den Energie-

Es müssen erst neue Strukturen entstehen, ehe der Ausstieg aus der Braunkohle umgesetzt werden kann.

// Michael Kretschmer



80. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de



Uwe Nösner

Kein Verbrechen

GRÜNE: Das andere Sachsen handelt

80. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

// Die Zweite Aktuelle Debatte zur 80. Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. September 2018 befasste sich auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Seenotrettung. Sie stand unter dem Titel »Seenotrettung ist kein Verbrechen – das andere Sachsen handelt!«. Den Hintergrund bildeten die jüngsten Geschehnisse um die Helfer der Rettungsmission »Lifeline« im Mittelmeer, denen ein Anlegen in Malta verwehrt worden war. //

Gegen Kriminalisierung

Wolfram Günther, GRÜNE, erinnerte daran, dass 2016 in Sachsen Menschen den Verein »Mission Lifeline« gegründet hätten, um mit einem Schiff Menschen in Seenot zu retten. Dafür gebührten ihnen – auch seitens der Staatsregierung – Anerkennung und Dank, denn die Seenotrettung im Mittelmeer sei eigentlich eine Aufgabe der EU. Zugleich wies Günther die Falschbehauptung zurück, Seenotretter würden sich der Schlepperei mitschuldig machen. Selbstverständlich, so auch Marko Schiemann, CDU, seien weder Seenotrettung noch Menschlichkeit kriminell. Sie gehörten als Seemannstradition seit Jahr- hunderten zusammen. Es sei sogar die Pflicht eines jeden, der in einem Schiff sitze, das tauglich sei, das Meer zu befahren, anderen Menschen, die ihr Boot verloren hätten, zu helfen. Unverantwortlich handelten dagegen die Schlepperorganisationen, indem sie die Menschen mit untauglichen Booten aufs Meer schickten.

Juliane Nagel, DIE LINKE, warf der derzeit von der EU massiv mit Geld unterstützten libyschen Küstenwache vor, mit Schleppern als organi- sierten Kriminellen zu kooperieren. Diese Art der Unterstützung sei ein Skandal. Sie fordere staatliche Seenotrettungsprogramme. Nichtregierungsorganisationen könne es nicht überlassen werden, Menschen in See- not zu retten. Zugleich wandte sie sich gegen die Kriminalisierung von Seenotrettungsorga- nisationen. Harald Baumann-Hasske, SPD, gab aus juristischer Sicht zu bedenken, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger, die bzw. der wüsste, dass ein Boot in Seenot sei, und die Mittel hätte, die Passagiere zu retten, unter Geltung des deutschen Strafrechts der unterlassenen Hilfeleistung schuldig ma- chen würde, wenn sie oder er es nicht täte. Das werde mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe geahndet. Zudem bezeichne unsere Rechtsordnung jene als kriminell, die andere daran hinderten, Hilfe zu leisten.

Tausende Menschenleben

Wie Sebastian Wippel, AfD, feststellte, ver- lören trotz der Seenotrettungsversuche der Nichtregierungsorganisationen auf dem Mittelmeer jedes Jahr Tausende Menschen ihr Leben. Andererseits locke jedes falsche, weil uneinlösbare Seenotrettungsversprechen die Menschen auf See. Es koste Leben und fördere die Geschäfte der Schlepper. Unter dem Vorwand, Leben retten zu wollen, fülle man in Wahrheit die Geldbeutel der Organi- sierten Kriminalität. Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz, bezeichnete es abschließend nicht als Option, sondern viel- mehr als eine humanitäre und rechtliche Ver- pflichtung, Leben zu retten. Was das Schiff des Vereins »Mission Lifeline« betreffe, so hätten die Seenotretter die aufgenommenen Personen immer mit Zustimmung bzw. auf ausdrückliche Anweisung der dafür zustän- digen ausländischen Behörden an andere Schiffe übergeben oder an Land gebracht. Damit sei deren Handeln nicht strafbar ge- wesen.

Von Abwasserbeiträgen bis Windenergieanlagen

Petitionsausschuss zog Bilanz für 2017



Aus dem Bericht geht hervor, dass 2017 insgesamt 526 Petitionen eingesandt wurden. 438 davon behandelte der Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags. Die übrigen wurden an die Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments bzw. an Fachausschüsse des Landtags weitergeleitet.

Schwerpunkte

Thematische Schwerpunkte lagen im Fachbereich des Innenministeriums. Die 140 Petitionen befassten sich mit Anliegen aus dem Sachgebiet Kommunalwesen, darunter vor allem zu Abwasserbeiträgen und der Arbeitsweise der kommunalen Abwasserzweckverbände, waren im Bereich Bauwesen/Bauaufsicht angesiedelt oder hatten den Denkmalschutz und die Denkmalpflege zum Thema.

Das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz wurde zu insgesamt 59 Petitionen um Stellungnahme gebeten. Diese enthielten Anliegen zu den Themen Sozialversicherung, Altershilfe, Renten- und Pflegeversicherung, betrafen den Bereich der Leistungen nach Sozialgesetzbuch II sowie die Kinder- und Jugendhilfe.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr musste zu 50 Petitionen Stellung nehmen. Schwerpunktthemen waren hier Anliegen zum Straßenbau/Verkehrswesen sowie zur Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Neben den vielen Einzelpetitionen wandten sich die Bürger auch mit einer Massenpetition

// Einen Schwerpunkt der 80. Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. September 2018 bildete die Unterrichtung der Abgeordneten durch den Petitionsausschuss. Der Bericht zieht die Bilanz des Jahres 2017. Lesen Sie daraus die folgenden Zahlen und Informationen. //



Übergabe der Sammelpetition zum Thema Glücksspielstaatsvertrag-Gesetzesänderung

an den Landtag. Bis zum parlamentarischen Abschluss dieser Massenpetition im November 2017 erreichten den Landtag insgesamt 124 Postkarten. Dabei ging es um das Bundesstraßenbauprojekt »B 178n –Verlegung der B 178«, beginnend von der A4 bis zur tschechischen Grenze.

Sammelpetitionen

34 Anliegen wurden dem Petitionsausschuss in Form von Unterschriftensammlungen (Sammelpetitionen) übergeben. Die Unterschriften wurden

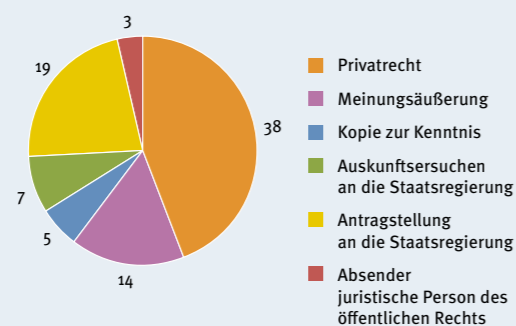
sowohl in Form von Unterschriftenlisten als auch über die Mitzeichnung auf Internetplattformen eingereicht. Insgesamt 59 903 Unterschriften gingen auf diesem Wege beim Landtag ein. Zu den umfangreichsten Anliegen gehörte mit 16 877 Unterschriften die Petition »Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest/Bundesratsinitiative«. Gegenstand der Petition ist die Überprüfung der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest hinsichtlich der verschiedenen Maßnahmen (Stallpflicht, Keulung auf Verdacht, Impfung der Tiere gegen den Geflügelpesterreger).

15 611 Unterschriften verzeichnete die Sammelpetition »Erhalt Natur- und Kulturlandschaft/Artenvielfalt«. Die Unterstützer forderten u. a. ein Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen auf Waldflächen sowie höhenabhängige Mindestabstände von Windenergieanlagen.

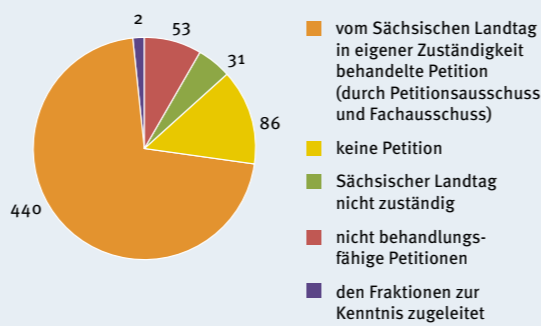
Erfolgsaussichten

Im vergangenen Jahr konnte 54 Petitionen abgeholfen werden, das heißt, dem Anliegen wurde durch bestimmte Verwaltungsmaßnahmen entsprochen. 77 Petitionen wurden für erledigt erklärt, weil das Petitionsziel unabhängig vom Petitionsverfahren erreicht wurde. Weitere 18 Petitionen wurden an die Staatsregierung überwiesen. In 313 Fällen konnte dem Anliegen der Petenten nicht entsprochen werden. Entweder war das kritisierte Verwaltungshandeln nicht zu beanstanden oder dem Anliegen standen rechtliche Gründe entgegen.

Gründe für die Ablehnung als Petition



Behandlung der insgesamt eingegangenen Schreiben



Festakt und Tag der offenen Tür am 3. Oktober



Foto: G. Moreno

// In seiner Rede während des traditionellen Festakts zum Tag der Deutschen Einheit würdigte Tomáš Jan Podivínský, Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland, besonders die herausragende Bedeutung der deutschen Wiedervereinigung für ganz Europa. Beim Tag der offenen Tür in den Nachmittagsstunden wurde u.a. mit Führungen und einer Ausstellung über die Arbeit des sächsischen Parlaments informiert. Ein buntes Programm zog wie immer viele Besucher an. //



AKTUELLES

Fotos: G. Moreno

Dr. Thomas Schubert

»Zusammensein ist das Gebot der Stunde«

Feierstunde zum 28. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2018 in Dresden

Musikalisch umrahmt vom Landesjugendchor Sachsen unter Leitung von Ron-Dirk Entleutner, der aus seinem breiten Repertoire u. a. Stücke von Johannes Brahms und Felix Mendelssohn Bartholdy darbot, erlebten die über 300 Gäste einen Festakt mit ebenso persönlichen wie auffordernden Reden.

Zivilisiertheit statt Hysterie im demokratischen Miteinander

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler erinnerte einleitend an die Wiedergründung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 1990 und an die Rückkehr des Landes in eine gesamtdeutsche Demokratie. Seither sei in Sachsen auf allen Ebenen mehr geschaffen, mehr Wohlstand erreicht, mehr Freiheit verwirklicht worden, als er es 1990 jemals für möglich gehalten habe. Darauf könne man stolz sein und daraus dürfe man Motivation schöpfen.

// Seit 1991 richtet der Sächsische Landtag am Tag der Deutschen Einheit einen Festakt aus. Daran nehmen neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zahlreiche Bürgerinnen und Bürger teil. In diesem Jahr gab es ein besonderes Jubiläum, denn auf den Tag und auf die Stunde genau vor 25 Jahren wurde der neu errichtete Plenarsaal mit einer Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit in Betrieb genommen, noch vor der ersten Sitzung des Parlaments. //

Der 3. Oktober sei aber auch ein Tag der kritischen Selbstprüfung, so Rößler. Es gelte, mutig im Umgang mit der gemeinsam aufgebauten Demokratie zu sein. Diese sei schließlich nicht selbstverständlich. So beobachte er zunehmend einen Hang zu undifferenzierter Kritik und zu Hysterie. Einzelfälle hielten oft zur Begründung vermeintlicher Krisen her und Pauschalurteile würden über ganze Bundesländer und Städte gefällt. Die Gesellschaft müsse raus aus der Dauerempörung. All das schade nur dem demokratischen Miteinander und nütze den Feinden der Freiheit. So sei es stattdessen wahrlich skandalös, wenn Rechtsextremisten Mitmenschen und den Rechtsstaat angriffen. Das müsse politisch verurteilt und juristisch scharf geahndet werden.

Stabilität und Zusammenhalt stärkten indes die freie Gesellschaft. Hier müssten alle miteinander zu mehr Zivilisiertheit und zu einer Akzeptanz des Machbaren zurückfinden.

Positive, weltoffene und freundliche Stimmung nötig

Der 3. Oktober 1990 sei der größte Glücksmoment in der deutschen Geschichte, befand Ministerpräsident Michael Kretschmer. Die deutsche Einheit und der Aufbau Ost seien gewaltige patriotische Leistungen der Deutschen. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat hätten den Sachsen die Voraussetzungen gegeben, um sich ungekannten Wohlstand zu erwirtschaften. Die Sachsen hätten



// Dr. Matthias Rößler

das genutzt und ihre Geschichte selbst mit geschrieben, wie etwa die Stadt Leipzig zeige.

Für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft seien im Freistaat aber Zuversicht und Offenheit nötig. Ferner sei es wichtig, dass in Sachsen eine positive, weltoffene und auch freundliche Stimmung gegenüber Menschen aus anderen Regionen herrsche. Der Ministerpräsident appellierte in diesem Zusammenhang an den Anstand der Sachsen, Ausfälle und Attacken



AKTUELLES

// Tomáš Jan Podivínský // Foto: J. Männel



gegen ausländische Mitbürger nicht zuzulassen. Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien die größten Gefahren für die Demokratie.



// Michael Kretschmer


»Profitiert habt ihr alle!«

Die Festrede hielt in diesem Jahr Botschafter Tomáš Jan Podivínský, der oberste Repräsentant der Tschechischen Republik in Deutschland. 1969 geboren, startete er nach dem Fall des Eisernen Vorhangs seine diplomatische Karriere, die ihn von 2005 bis 2009 als Generalkonsul der Tschechischen Republik in den Freistaat Sachsen führte. Seit 2015 ist Tomáš Jan Podivínský tschechischer Botschafter in Berlin.

Zunächst erinnerte er aber an die Zeit in der kommunistischen Diktatur, an die Ereignisse des Herbstes 1989, die DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag, an Hans-Dietrich Genscher, der den Menschen die Ausreise nach Westdeutschland verkündete, und schließlich an den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wiedervereinigung. Er sei sich sicher, so der Botschafter, »dass die deutsche Wiedervereinigung das größte und zugleich das beste Ereignis des vergangenen Jahrhunderts nicht nur für Deutschland, sondern auch für unseren ganzen Kontinent« gewesen sei. Auch wenn die Zeit der Transformation und der Überwindung der Folgen von Diktatur und Spaltung für niemanden leicht gewesen sei und viele Hoffnungen nicht erfüllt wurden, so hätten die Deutschen in Ost und West das doch gut gemeistert. Beide Seiten hätten von der deutschen Einheit profitiert, für beide hätten sich neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet.

Europas neue Mitte gemeinsam gestalten

Obgleich in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten das wiedervereinigte Deutschland auch mit Misstrauen und Besorgnis gesehen wurde, hätten sich doch die gemäßigten Kräfte durchgesetzt. Das nicht mehr geteilte Europa habe nicht zuletzt deshalb zum Synonym für Demokratie und Freiheit werden können. Beste Beispiele für diese neue europäische Epoche seien das nach 1990 entstandene neue Leben über die deutsch-tschechische Grenze hinweg und die vitalen Beziehungen zwischen Tschechen, Bayern und Sachsen, die nicht nur von Politikern, Handeltreibenden und Kulturleuten, sondern vor allem von den Bürgern getragen würden. »Gemeinsam gestalten wir nun so den Lebenszustand in einer neu gewonnenen Mitte Europas, kein Ost und West mehr, sondern die Mitte!« Grenzüberschreitende Kulturformate bestimmten das Bild. Enge Wirtschaftsbeziehungen, Kooperationen in Wissen-


Festakt Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2018

Die Reden erscheinen als Heft 66 im Rahmen der FESTAKT-Reihe für Sie zum Nachlesen.

schaft und Forschung sowie bei Innovation und Infrastruktur schufen einen gemeinsamen Konkurrenzvorteil im heutigen globalen Wettbewerb. Hinzu komme eine verlässliche Zusammenarbeit auf Feldern wie dem Hochwasserschutz, bei Polizei und im Gesundheitswesen. Das seien wahrlich Leistungen, auf die man gemeinsam stolz sein könne und die weiteres Engagement verlangten. Europa, so die abschließende Botschaft von Tomáš Jan Podivínský, solle dem guten Beispiel folgen und sich durch den deutsch-tschechischen Weg inspirieren lassen, der nicht auf Schadenfreude, Spaltung, Androhungen oder Ignoranz, sondern auf Offenheit und Zusammenarbeit aufgebaut sei, auf dem Bemühen um ein gegenseitiges Verständnis und Vertrauen auf Augenhöhe. Zusammensein sei das Gebot der Stunde.



Anne-Marie Brade

Bürger, Riesen, Mainzelmännchen

»Tag der offenen Tür« am 3. Oktober 2018

Fotos: S. Giersch

// Über 4000 Besucher folgten auch in diesem Jahr wieder der Einladung des Sächsischen Landtags, der traditionell in den Nachmittagsstunden des 3. Oktobers seine Türen für ein buntes Publikum öffnet. Ein vielfältiges Programm aus Information, Unterhaltung und Gesprächen mit Abgeordneten begeisterte Groß und Klein und lockte neben interessierten Bürgern aus Sachsen auch Gäste aus der ganzen Welt. //

es nur recht und billig, dass sich auch an diesem 3. Oktober ein farbenfrohes Publikum im großen Saal und auf der Besuchertribüne drängte, um den Worten des Landtagspräsidenten, Dr. Matthias Röbber, zu lauschen. Dieser hieß die Besucher im »Herzen der sächsischen Demokratie« willkommen und stellte den Zuhörern den Oberbürgermeister der Stadt Riesa, Marco Müller, vor. In Riesa wird nämlich der nächste Tag der Sachsen stattfinden.

Traditionell stellt sich die Ausrichterstadt zum Tag der offenen Tür im Landtag vor und bereichert das Programm – in diesem Jahr unter anderem mit Informationen über die Stadt Riesa, Pfefferkuchen-Riesen, professionellen Tanzeinlagen im Plenarsaal, Musik und Kinderschminken.

Während das Wetter draußen Kapriolen schlug und zwischen Sonne und Regen hin und her wechselte, lud Bürgermeister Müller herzlich nach Riesa ein,

um dann das Wort an eine Gruppe originell gewandeter Adjutanten zu übergeben.



Auf den Tag genau vor 25 Jahren wurde der Neubauflügel des Sächsischen Landtags am 3. Oktober 1993 mit einer Veranstaltung im Plenarsaal eingeweiht. Schon damals nahmen Bürger als Allererstes auf den Stühlen im Plenarsaal Platz, noch bevor der politische Regelbetrieb begann. Und so war



Riese, Nonne, Gräfin und Industrieller berichteten von Gründungsmythos und Geschichte der Stadt Riesa, die gegenwärtig nicht nur Heimat eines bekannten

Nudelherstellers ist, sondern vor allem auch in der Stahlproduktion ganz vorne mitmisch. Als schließlich Musiker der Riesaer Band Wohlfahrt mit

Paukenschlägen in den Plenarsaal einzogen, erklang einhelliges Klatschen von allen Stühlen des Plenarsaals – im Politikbetrieb eher eine Seltenheit.

derzusetzen. Entsprechend gut besetzt waren die Zuschauerplätze, die manchmal sogar doppelt belegt wurden, und angemessen prägnant auch die Fragen der Bürger: Wie lassen sich Sicherheit und Freiheit ins richtige Maß bringen? Wie kann man die Polizei besser schützen?



Herzstück der Demokratie

Gleich im Anschluss wurde der Plenarsaal seinem Anspruch als Herzstück der Demokratie gerecht, als in einer Diskussion mit dem Titel »Kriminalität und Rechtsstaat – welche Befugnisse braucht eine moderne sächsische Polizei?« Abgeordnete aus allen Fraktionen aufeinandertrafen, um sich mit diesem politisch hochaktuellen Thema auseinanderzusetzen.



Auch das zweite Thema, »Doppelhaushalt 2019/2020 – welche Schwerpunkte setzen wir?«, lockte die Abgeordneten aus der Reserve und die Zuschauer in den Saal. Gleich nebenan konnte man in der dem Plenarsaal vorgelagerten Lobby auf Tuchfühlung mit Abgeordneten aller



Fotos: S. Giersch

Fraktionen sowie fraktionslosen Mitgliedern des Landtags gehen. Hier waren sämtliche Stände gleichermaßen gut besucht, wenn Bürger zu allen erdenklichen Themen mit ihren Abgeordneten ins Gespräch kommen wollten.

Wer sich noch genauer über die Arbeit des Landtags informieren wollte, der konnte dies in einer Ausstellung im ersten Obergeschoss tun und sein Wissen sogleich mit einem Quiz testen. Direkt daneben gewährten der Sächsische Ausländerbeauftragte, der Beauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Petitionsdienst tiefere Einblicke in ihre Arbeit. Auch die Sächsi-

sche Landeszentrale für politische Bildung warb für die Demokratie in Sachsen.

Beitrag zur Feststimmung

Mit einem Landtagsluftballon ausgestattet konnte man sich dann ins Untergeschoss aufmachen. Unterwegs ließ es sich trefflich mit einem Mainzelmännchen abklatschen, das sich vom ZDF-Infomobil auf dem Vorplatz aus aufgemacht hatte, um vor allem die jüngsten Besucher im Landtag zu erheitern. Auf dem Vorplatz tummelten sich im Übrigen die Landesverkehrswacht, die Jugendfeuerwehr und Radio



Dresden, um ihr Wirken vorzustellen oder ganz einfach etwas zur Feststimmung beizutragen. Ebenfalls unter freiem Himmel trotzten Imker im Landtagsinnenhof gelegentlichen Regengüssen, um ihre fleißigen Landtagsbienen staunenden Besuchern vorzustellen.

Obwohl jeder Besucher durch den Neubau wandeln konnte und in halbstündigen

Führungen auch den Altbau inklusive Abgeordnetenbüro, Präsidiumssaal und Büro des Präsidenten erkunden konnte, wo oftmals sogar Landtagspräsident Rößler persönlich Einblick in seine Arbeit gab, war der virtuelle Rundgang für viele wieder ein besonderer Anziehungspunkt. Klar! Ganz ohne Treppen zu erklimmen, konnte man hier mit VR-Brille bis aufs Landtagsdach klettern und das Gebäude aus der Vogelperspektive betrachten.

Bei so einem Programm blieb wirklich nichts zu wünschen übrig, oder wie es der Riesaer Riese im Plenarsaal sagte: »Da könn'se schon mal klatschen!«

Jugendliche retten Leben

Foto: Landtag



Bereits seit 2013 beteiligt sich der Sächsische Landtag mit einer mehrtägigen Veranstaltung an der bundesweiten »Woche der Wiederbelebung« des Berufsverbandes Deutscher Anästhesisten. Unter Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler laden der Landtag und das Krankenhaus Friedrichstadt in Dresden sächsische Schüler zum Projekt »Trau dich – hilf Leben retten!« ein. Am 17. und 21. September 2018 folgten an die 200 Schüler dem Ruf und wurden von Ärzten und Sanitätern in Theorie und Praxis der Wiederbelebung geschult. Dabei kamen unter anderem Puppen und Rettungswagen auf dem Vorplatz zum Einsatz. Als Bonusprogramm erhielten die Jugendlichen in den Pausen zwischen den Schulungen Führungen durch den Landtag, sie konnten Ausschusssitzungen lauschen und Abgeordnete mit Fragen löchern. Kurz: ein rundum sinnvoll genutzter Tag im sächsischen Parlament!



Menschen für Europa begeistern

// Im Rahmen der traditionellen »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« war diesmal Karl-Heinz Lambertz, der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, zu Gast. In seinem Referat zum Thema »Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen« betonte er die Aufgabe, Menschen vom materiellen, intellektuellen und emotionalen Mehrwert zu überzeugen, den Europa für sie habe. //

Foto: G. Moreno



AKTUELLES

Gesprächskreis im Ständehaus mit AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz

Dr. Thomas Schubert

»Europa hat etwas Begeisterndes«

// Im Rahmen der Reihe »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« lädt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner regelmäßig hochkarätige Persönlichkeiten nach Dresden ein, um aktuelle gesellschaftspolitische Fragen zu erörtern. Zu Gast war diesmal Karl-Heinz Lambertz, der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen. Er sprach zum Thema »Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen.« //



Fotos: G. Moreno

»Europa ist dort, wo die Menschen leben.« Wenn einer diesen Satz verkörpert, dann Karl-Heinz Lambertz. Der Belgier ist ein glühender Europäer und ein alter politischer Fahrensman, der für einen betont europäischen Regionalismus steht. Seit 1981 gehört er dem Parlament der Deutschsprachigen

Gemeinschaft Belgiens an, bekleidete zwischen 1990 und 1999 diverse Ministerämter, bevor er von 1999 bis 2014 als Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft wirkte. Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) wurde Lambertz 1999, seit 2017 ist er dessen Präsident und damit Gesicht und Stimme der Regionen auf europäischer Ebene.

Die Regionen als Integrationswächter

In seiner Einführung dankte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner dem AdR-Präsidenten für sein Kommen, immerhin

trennen Eupen, das politische Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, und die sächsische Landeshauptstadt Dresden fast 700 Kilometer. Hier wie dort, so der Landtagspräsident, seien es im vereinten Europa die Mitgliedsstaaten und die Regionen, die das Gesamtkonstrukt tragen und die politische Heimat der Bürger blieben. Nötig sei daher nicht nur ein engeres Zusammenwirken zwischen den Regionen und der Europäischen Union, vielmehr bräuchte es ein stärkeres Einwirken der Regionen auf die EU. Insbesondere die Regionalparlamente sollten sich frühzeitig in die Brüsseler Entscheidungsfindung einbringen, forderte Röbner. Sie wüssten am besten, was vor Ort und was besser übergeordnet geregelt werden kann. Der Sächsische Landtag tue dies im Rahmen seiner Möglichkeiten als eine Art »EU-Integrationswächter«.

gen, forderte Röbner. Sie wüssten am besten, was vor Ort und was besser übergeordnet geregelt werden kann. Der Sächsische Landtag tue dies im Rahmen seiner Möglichkeiten als eine Art »EU-Integrationswächter«.

Europa als persönlicher Mehrwert

Karl-Heinz Lambertz begann bedächtig, erinnerte an die europäische Idee und die Begeisterung, die sie bei ihm als Jugendlicher auszulösen vermochte. Immerhin stamme er aus einer europäischen Kernregion, die ständig zwischen Krieg und Frieden hin- und her-

SÄCHSISCHER LANDTAG DER PRÄSIDENT DRESDNER GESPRÄCHSKREISE IM STÄNDEHAUS

AKTUELLES



Der österreichische Botschafter in Deutschland, Dr. Peter Huber, besuchte am 18. September 2018 den Sächsischen Landtag. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner empfing ihn zum Eintrag in das Gästebuch des Parlaments im Ständehaus. Am Nachmittag nahm der Botschafter an der Sitzung des Europaausschusses des Landtags teil. Hier stellte er die politischen Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft der Republik Österreich vor. Der österreichische Ratsvorsitz währt bis 31. Dezember 2018, danach übernimmt gemäß Rotationsverfahren Rumänien für sechs Monate.

gerissen wurde. Heute höre er leider wieder nationalistische Töne, die der Idee von einem geeinten Europa zuwider liefen. Der Begriff Europa sei nun gar bei einigen mit Ängsten verbunden statt mit Hoffnungen. Wenn jemand nach einem Sündenbock Ausschau halte, werde er immer öfter den Namen Europa hören. Dabei handle es sich um eine äußerst bedenkliche Entwicklung, denn genau das Gegenteil sei nötig. Europa müsse stärker gemeinsam auftreten, daran führe kein Weg vorbei.

Wie aber könne man »den Menschen wieder Lust auf Europa machen« und was müsse sich ändern, damit wieder ein positiver Geist in Europa herrsche? Die Antwort, so Karl-Heinz Lambertz, sei einfach, es hinzubekommen schwierig. Man müsse die Menschen in den Regionen und dort, wo sie leben, davon überzeugen, dass Europa »für sie ganz persönlich einen materiellen, einen intellektuell-geistigen und auch einen emotionalen Mehrwert hat«. Das sollte das Ziel allen europapolitischen Handelns sein.

Ein Europa von unten, solide finanziert

Europa müsse daher vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Es brauche ein »Europa von unten«. Die rund 300 Regionen hätten dabei eine besondere Rolle zu spielen und Bewegung in die Europapolitik zu bringen. Es gelte, die Kraft des europäischen Mehrebenensystems besser zu nutzen, wo jede Ebene ihre Aufgabe habe. Es gehe also um Subsidiarität und damit um das Prinzip, Politik immer so nah wie möglich an den Menschen zu gestalten – von der Kommune bis zu Europa. Und Europa müsse dafür Sorge tragen, nur dort zu regeln, wo europäische Normen einen wirklichen Mehrwert für alle haben. Der Ausschuss der Regionen akzeptiere dabei keinesfalls ein Schlechttreden der für die Regionen so wichtigen Kohäsionspolitik, bei der Mittel von reicheren zu ärmeren Regionen umverteilt werden. Kohäsion sei schließlich eine Methode, mit der politische Projekte vor Ort umgesetzt würden – also bei den Menschen.

// Karl-Heinz Lambertz



Mehrheiten für regionale Probleme

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion erörterten neben Karl-Heinz Lambertz die Mitglieder des Europäischen Parlaments Dr. Cornelia Ernst (DIE LINKE) und Hermann Winkler (CDU) sowie Czesław Fiedorowicz, Vorsitzender des Sejms der Wojewodschaft Lubuskie, facettenreich die Thematik. Sie schlossen sich nahezu einhellig den Gedanken des Impulsredners an, dass europäische Politik mehr Gestaltung zulassen müsse, die in den Regionen wirke und bei

der die Regionen selber anpacken können. Wobei Czesław Fiedorowicz noch ein Argument ergänzte, das für deutsche Ohren ungewohnt klang, aber auf die momentanen politischen Verhältnisse in Polen abzielte. Die Regionen erhielten nämlich auf diese Weise auch mehr gestalterische Eigenständigkeit, die sie von der Zentralmacht emanzipiere und deren Zugriff beschränke. Der Gewinn der EU sei die Stärkung der Regionen.

Hermann Winkler stellte unter Zustimmung seiner Kollegin Dr. Cornelia Ernst dar, wie sehr die regionale Zusammenarbeit im Europäischen Parlament ausgeprägt sei. Probleme würden oft zuerst unter Abgeordneten beraten, die aus den betroffenen Regionen kämen, unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit. Das gelte im sächsischen Fall besonders für die mittel- und osteuropäischen Nachbarn, mit denen gute Kooperationen bestünden. Hier böten sich Chancen, Europa unter Berücksichtigung der Regionen gemeinsam neu zu gestalten.

Die Rede- und Diskussionsbeiträge des Gesprächskreises erscheinen als Heft im Rahmen der DIALOG-Reihe für Sie zum Nachlesen.

»Ich kann mir nichts anderes vorstellen.«

Ein Tag mit Patrick Schreiber, Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Sport



Fotos: S. Füssel

Katja Ciesluk

Einmal fehlten die Stellen, heute fehlen die Lehrer. Im Frühjahr hat sich die Sächsische Staatsregierung deshalb auf ein Bildungspaket von nie dagewesener Größenordnung geeinigt. 1,7 Milliarden Euro will der Freistaat in den kommenden fünf Jahren investieren, ein Teil davon steht aktuell im Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2019 und 2020. Geld, das u. a. für die Verbeamtung von Lehrern, der wohl prominentesten und meist diskutierten Maßnahme in einem langen Katalog, gebraucht wird.

»Was nicht da steht, existiert nicht.«

Patrick Schreiber leitet die Sitzung des Schulausschusses. Auf der Tagesordnung steht der soeben im Landtag eingebrachte

// Spanisch und Geschichte sollten es werden, als Patrick Schreiber 2000 sein Lehramtsstudium an der TU Dresden begann. Drei Jahre als Vorsitzender der Schüler Union Sachsen lagen da bereits hinter ihm. Sein politischer Weg führte ihn über die Junge Union in den Dresdner Stadtrat und 2009 samt abgeschlossenem Geschichtsstudium geradewegs in den Sächsischen Landtag. Wir durften den Sozialpolitiker einen Tag bei seiner Arbeit im Parlament begleiten und haben am 30. August 2018 gemeinsam die Perspektive gewechselt. //

Haushaltsentwurf der Staatsregierung. Kultusminister Christian Piwarz erläutert die Zahlen. »Der Ausschuss prüft nun alle Positionen des Einzelplans 05 akribisch«, erklärt Schreiber. »Denn: Was nicht da steht, existiert nicht.« Drei Monate bleiben den Bildungspolitikern, bevor der Landtag den Haushalt im Dezember beschließen wird – im politischen Geschäft kaum mehr als ein Wimpernschlag.

Zwei Stunden später, eine Etage tiefer, Arbeitskreissitzung mit dem Koalitionspartner: Bildungspolitiker von CDU und SPD sondieren in kleiner Runde. Die Atmosphäre ist kollegial, man schätzt sich, ist aufeinander angewiesen. Ohne

Vorrede geht es an die Arbeit. Jetzt müssen die vielen Empfehlungen und Versprechen zuerst in Geldbeträge und später in

konkrete Machbarkeit übersetzt werden: Kita-Erzieherinnen künftig zwei Stunden Vor- und Nachbereitungszeit pro Woche

// Beim Caritasverband für Dresden e.V.



zu bezahlen, klingt ebenso lösbar wie bezahlbar. Überlegt man sich, wie das in der kleinen Dorfkita vor Ort in Haushaltsmittel und Personal umgesetzt werden soll, steckt der Teufel plötzlich in tausend Details.

»Wo liegen Schnittmengen, an welchen Stellschrauben wollen wir drehen, wie viel ist am Ende durchsetzbar?« – all das gilt es, hinter verschlossenen Türen herauszufinden. Nach 60 Minuten sind erste gemeinsame Punkte identifiziert, zu denen die Abgeordneten bei der Staatsregierung nachhaken wollen. Bis Dezember werden noch einige Beratungen folgen müssen, um einen Kompromiss auszuhandeln und gemeinsame Änderungsanträge zum Regierungsentwurf zu formulieren.

Neben der Bildungspolitik ist Pflege das zweite große Thema von Patrick Schreiber. »Ich bin Sozialpolitiker mit Leib und Seele – hier steckt alles drin von der Geburt bis zum Tod«, erzählt der Abgeordnete. Alternativen zu diesem Politikfeld gibt es für ihn persönlich nicht. »Ich kann mir nichts anderes vorstellen.«

Am 30. August 2018 sind wir im Rahmen der »Aktion Perspektivwechsel« unterwegs. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben diese vor elf Jahren initiiert. Entscheidungsträger aus Politik und Sozialwirtschaft schnuppern

einen Tag z. B. in Kitas, Pflegeheimen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen hinein. »Das verändert den Blick und hilft bei politischen Entscheidungen«, so Schreiber, der bislang jedes Jahr an der Aktion teilgenommen hat.

»In meiner Wohnung bin ich König«

In Löbtau, einem Stadtteil im Westen von Dresden, erwartet uns Brigitte Gottschalk. Die fröhliche Seniorin ist Wohnpatin, seit fast 20 Jahren kümmert sie sich um ihren Schützling Paul K. Sie hilft dem mittlerweile 81-jährigen beim Einkaufen, bei Behördengängen, »treibt« ihn zum wöchentlichen Spaziergang, ist einfach da. Kürzlich seien sie sogar zusammen im sanierten Kulturpalast gewesen, erinnert sich der Rentner mit leuchtenden Augen. Für das Ehrenamt erhält Brigitte Gottschalk eine Aufwandsentschädigung von 2,50 € pro Stunde, bei 80 Euro im Monat ist das Budget gedeckelt.

»In meiner Wohnung bin ich König«, bringt Paul K. das Gespräch mit dem Abgeordneten auf den Punkt. Ohne seine Wohnpatin hätte er die vertraute Umgebung wohl längst verlassen müssen.

Die Frage Schreibers, ob er einen Pflegegrad habe, verneint Paul K. mit Nachdruck. Pflege-



// Im Gespräch mit Wohnpatin Brigitte Gottschalk

grad ist gleich Heim, liegt die Angst unausgesprochen in seinem Blick. Schreiber, der für seine Fraktion in der Enquete-Kommission Pflege sitzt, fühlt sich wie Sisyphos. Zu oft musste er diese Sorge schon entkräften. 125 Euro im Monat und Anspruch auf bis zu 4.000 Euro für Umbauten in der Wohnung – Geld, nicht Senioreneinrichtung – steht hinter Pflegegrad 1, erklärt Schreiber dem Rentner, der von Grundsicherung lebt. Er habe seinen Haltegriff in der Dusche selbst angebracht, sogar hinter dem Rücken seiner wachsamsten Wohnpatin, zeigt Paul K. dem Abgeordneten wenig später stolz sein Werk. Er werde aber jetzt doch einmal mit der Pflegekasse sprechen, verspricht er Schreiber. Auf seinen Hausarzt hatte er diesbezüglich bislang nie gehört.

warten Sozialarbeiterin Ulrike Duschek und Stephan Falley aus der Geschäftsführung der Caritas auf den Abgeordneten. Sie berichten dem Parlamentarier von ihren Erfahrungen, erörtern Schwachstellen. »Eine ÖPNV-Fahrkarte für unsere Wohnpaten wäre schön«, platzieren sie eines ihrer Anliegen bei Schreiber.

Ende des Jahres wird die Enquete-Kommission Pflege nach zwei Jahren intensiver Arbeit ihre Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Pflege im Freistaat Sachsen vorlegen. »Es gibt so viele Angebote und Gelder, die kennt nur kaum einer, oft nicht einmal Hausärzte und Apotheker«, ärgert sich Schreiber. Mal wieder.

Er ist es leid. Er wollte so viel verändern, doch Verändern dauert, ist mühsam, oft auch undankbar. Für Patrick Schreiber dauert es – jedenfalls auf Landesebene – zu lange. 2019 kandidiert er nicht wieder. Die Entscheidung ist über Monate gereift, in wenigen Stunden wird er sie öffentlich machen. Mit knapp 40 Jahren ist für ihn Schluss als Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Ein Abschied von der Politik soll es nicht sein. Patrick Schreiber wird sich weiterhin innerhalb seiner Partei und auch für die Gesellschaft engagieren.

»Eine Fahrkarte wäre schön«

Wir fahren zum Caritasverband für Dresden e.V., er hat das Projekt »Wohnpaten« ins Leben gerufen. In einem Plattenbau in der Dresdner Innenstadt ist die Wohnzeile »Am See« untergebracht. Im Begegnungsraum, wo täglich bis zu 50 Hausbewohner gemeinsam Mittagessen, Karten spielen oder einfach nur beisammen sind,

// Sitzung des Schulausschusses





// Sitzung der Volkskammer vom 8. April 1919. Am Rednerpult Anna Geyer (USPD). // Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Caroline Förster

Zwischen Konfrontation und Verständigung

Studie zum sächsischen Landtag in der Weimarer Republik erschienen

Wer den Parlamentarismus schwäche, gefährde ein wichtiges Element der Demokratie. Denn das Parlament biete die »sportliche Konfrontation mit dem politischen Gegner auf gemeinsam gepflegtem Grund« und ermögliche damit einen Weg zum Ausgleich und zur Verständigung. Mit diesen Überlegungen endet die Studie »Koalitionen statt Klassenkampf« von Janosch Pastewka, die sich mit der sächsischen Landtagsgeschichte zwischen 1918 und 1933 beschäftigt.

Das Buch ist der dritte Band der von Prof. Dr. Josef Matzerath und Prof. Dr. Uwe Israel herausgegebenen Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der

// Der Sächsische Landtag fördert ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Der Landtagskurier stellt unter der Rubrik »Geschichte« die in der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage« erschienenen Bücher in loser Folge vor. //

Sächsischen Landtage«. Im Zentrum steht das Landesparlament des 1919 gegründeten Freistaates Sachsen, das sich zunächst noch »Volkskammer« nannte. Pastewka untersucht diesen Landtag von seinen Ursprüngen im Ersten Weltkrieg bis zu seiner Auflösung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933. Erstmals widmet sich damit eine wissenschaftliche Studie dem Landtag als Institu-

tion, mit seinem äußeren Erscheinungsbild, seiner Symbolik, mit seinen Prozessen und Abläufen und seiner parlamentarischen Kultur. Das ist neu, denn bisher gab es kaum Forschungen zum Thema. Gleich zu Beginn stellt der Autor fest, dass der Landtag in landesgeschichtlichen Darstellungen zur Weimarer Republik bisher entweder gar nicht oder nur als Bühne für Klassenkampf und

nationalsozialistische Agitation auftaucht. Die ausgleichende, moderierende Funktion des Parlaments ist dabei kaum beachtet worden. Jedoch fiel genau dieser Funktion im politisch tief gespaltenen Freistaat der Zwischenkriegszeit eine wichtige Rolle zu, so Pastewka.

Zunächst stellt der Autor den sächsischen Landtag in seiner baulichen, rechtlichen und sozialen bzw. kulturellen Gestalt vor. In einem gedanklichen Spaziergang durch das historische Ständehaus am Schlossplatz in Dresden erklärt er dem Leser, wie die Abgeordneten den Landtag erreichten, wo sie arbeiteten, welche Atmosphäre im Plenum herrschte, welche

Dokumente im Landtag ankamen und ihn wieder verließen und wo sich Räume der Erholung für Abgeordnete, Journalisten und Besucher befanden. So ist es möglich, einen Eindruck vom parlamentarischen Alltag zu gewinnen. Hintergrund dafür ist eine Idee des Soziologen Bernhard Giesen. Ihm zufolge beschreiben ungewöhnliche Ereignisse, Störungen und Krisen, die naturgemäß mehr Spuren in den Quellen hinterlassen, latent auch immer das, was eigentlich normal wäre. So kann Pastewka nachweisen, dass sich der Landtag in der Weimarer Republik nicht permanent im Krisenmodus befand, sondern durchaus konzentriert und effektiv arbeiten konnte. Der Störungen, die ab 1920 von den Kommunisten und ab 1929 zunehmend von den Nationalsozialisten ausgingen, vermochte sich der Landtag mithilfe selbst gesetzter Regelungen und Disziplinarmaßnahmen zu erwehren. Erst Anfang der 1930er-Jahre erodierte die parlamentarische Kultur zunehmend, sodass der Landtag eine seiner Kernaufgaben, nämlich mehrheitlich einen Ministerpräsidenten zu wählen, nicht mehr erfüllen konnte. Dennoch arbeitete das Landesparlament weiter, bis es im März 1933 von der SA gewaltsam daran gehindert wurde.

Die Frage der »großen« Koalition

Nach der Lektüre des ersten Hauptteils von Pastewkas Buch hat der Leser eine gute Vorstellung davon, wie der Landtag aussah und wie er funktionierte. Die beiden folgenden Kapitel widmen sich der für die Landtagsgeschichte der Weimarer Republik lebenswichtigen Frage: Welche Rolle spielte die Institution Landtag bei der Anbahnung und Durchführung von Koalitionen zwischen gemäßigten Sozialdemokraten und libera-

len, bürgerlichen Kräften? Dazu bestimmt Pastewka im dritten Kapitel zunächst eine »Koalitionäre« genannte Gruppe von Abgeordneten, die sich über die Zeit ihrer Anwesenheit im Parlament hinweg für eine solche »große« Koalition einsetzten. Die wissenschaftliche Studie kann vor allem zeigen, dass sich diese Gruppe von ihren Kollegen darin unterschied, dass sie sich früh in ihrer politischen Karriere für die soziale Frage interessierte und einer Altersgruppe angehörte, die der Autor in Anlehnung an den Historiker Detlev Peukert die »Wilhelminische Generation« nennt. Drei dieser Politiker, die nicht durch den Ersten Weltkrieg, sondern durch eine reicher werdende Gesellschaft des Kaiserreiches geprägt wurden, stellt der Verfasser in kurzen biographischen Skizzen vor. Es waren Männer des vernünftigen politischen Kompromisses.

Im vierten und umfangreichsten Kapitel widmet sich der Autor in drei »Zeitschnitten« den Bemühungen, sozialliberale Koalitionen im Landtag zu etablieren. Minutiös und anhand zahlreicher, zum Teil erstmals verwendeter Quellen stellt er dar, wie 1919/20, 1923/26 und schließlich – diesmal erfolglos – 1929/30 solch eine Koalition angebahnt wurde. Pastewka kann zeigen, dass die parlamentarische Kultur mäßigend auf die Akteure einwirkte und dass solche lagerübergreifenden Koalitionen in der Weimarer Republik überhaupt nur möglich wurden, weil die Akteure im Landtag miteinander kommunizierten bzw. kommunizieren mussten. In diesem Kapitel beschränkt sich Pastewka nicht alleine darauf, die Koalitionsverhandlungen wiederzugeben. Er schildert auch die allgemeinpolitische Lage, so wie sie im Landtag wahrgenommen wurde. Zudem analysiert er, mit welchen Parlamentarismus- und Demokratievorstellungen die Koalitionäre argumentierten.

Im Resümee erweist sich der sächsische Landtag der Weimarer Republik als ein geschützter Raum, der Parlamentariern erlaubte, das erforderliche Vertrauen für Koalitionen aufzubauen. Kritisch für die Demokratie war, dass die parlamentarische Kultur der Volkskammer und des Landtags in vielerlei Hinsicht noch in der Kontinuität des Landtags des Kaiserreiches stand. Zudem entsprangen die Vorstellungen über den Parlamentarismus zum größten Teil noch der Zeit vor der Abschaffung der Monarchie. Außerdem wird deutlich, dass der sächsische Landtag der Weimarer Republik es nicht vermochte, neue Werte wie Pluralismus und Demokratie ausreichend zu repräsentieren. Ein Mangel an wirkmächtigen Symbolen machte es den Gegnern leicht, demokratische Werte anzugreifen. Der Wille zur Verständigung wurde vor allem von den Vertretern der älteren Parlamentariergeneration hochgehalten. Die jüngere, sogenannte »Frontkämpfergeneration« setzte hingegen zu stark auf Konfrontation. Vor allem unterliefen die Parteien die Integrationsleistung des Parlaments, indem

sie ihren Abgeordneten immer seltener freie Hand gaben. Pastewka kritisiert zu Recht den Versuch der Koalitionäre, mit Begriffen wie »Volksgemeinschaft« oder »Staatsbejahung« der klassenkämpferischen Rhetorik der linken Sozialdemokraten etwas entgegenzusetzen. Beide Begriffe waren so unscharf, dass es den Nationalsozialisten ein Leichtes war, sie auszuhebeln oder völkisch-rassistisch umzudeuten.

Mit »Koalitionen statt Klassenkampf« liegt eine gründlich recherchierte, gut lesbare Geschichte des sächsischen Landesparlaments in der Weimarer Republik vor. Sie beleuchtet die verfassungskonformen und demokratiefreundlichen Akteure auf beiden Seiten des politischen Spektrums und liefert damit auch eine Gegenerzählung zu der zumeist etwas einseitigen Sicht der sogenannten »linken« Geschichtsschreibung seit Walter Fabians »Klassenkampf um Sachsen« (1930). Ohne den damaligen Landtag am heutigen Parlamentarismus zu messen, liefert Pastewka zu dem immer wieder Bezüge, um grundlegend über unsere eigene Gegenwart nachzudenken.



Das Buch ist im Jan Thorbecke Verlag erschienen und im Handel erhältlich.

Janosch Pastewka: Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik 1918–1933, Ostfildern 2018, 352 S.

Band 3 der Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage

Zu Besuch



27.09.2018 – Abgeordnete aus Litauen

Auf der Besuchertribüne verfolgten Abgeordnete aus Litauen eine Sitzung des Landtags, darunter auch Irena Siauliene, die stellvertretende Vorsitzende des litauischen Parlaments. Im Anschluss trafen die ausländischen Gäste Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Frank Hirche, den Vorsitzenden des Europaausschusses, zu einem Gespräch.



20.09.2018 – Chinesische Delegation

Im großen Saal des Präsidiums empfing der Landtagspräsident eine chinesische Delegation aus Hubei zum internationalen Gedankenaustausch. Der Freistaat Sachsen pflegt seit über zehn Jahren eine Regionalpartnerschaft mit der chinesischen Provinz Hubei.



12.09.2018 – Parlamentarische Radtour

Bei der ersten »Parlamentarischen Radtour« des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Sachsen radelten Abgeordnete verschiedener Fraktionen mit. Die anderthalbstündige Tour zur Besichtigung von Rad-Infrastrukturprojekten startete auf dem Landtagsvorplatz.



11.09.2018 – Besuchergruppe aus Korea

Die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung stand im Mittelpunkt des Gesprächs von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mit einer Besuchergruppe der »Korea National Defence University«. Die Koreaner interessieren sich dabei besonders für die ostdeutschen Erfahrungen im Prozess der deutschen Wiedervereinigung.

SERVICE

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

07. – 08.11.2018
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

11. – 14.12.2018
30. – 31.01.2019
13. – 14.03.2019
10. – 11.04.2019
22. – 23.05.2019
03. – 04.07.2019

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132.
Offene Führungstermine ohne Voranmeldung 2018:
12.10., 09.11.
(16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr; an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten: täglich von 11 Uhr bis 23 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Werbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 04.10.2018

Gastautoren: Caroline Förster, TU Dresden, 01062 Dresden; Christian Schulze, Sächsischer Landtag, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshhtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)